

Polarisierte Asylpolitik

Autor(en): **Friedrich, R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Schweizerische Rote Kreuz**

Band (Jahr): **93 (1984)**

Heft 7

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-975517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EXKLUSIV-INTERVIEW

Polarisierte Asylpolitik

Vermutlich gibt es kein politisches Problem in der Schweiz, das nicht zu den heftigsten Kontroversen Anlass gibt. Rechte und Linke, Falken und Tauben streiten sich, dass die Fetzen fliegen, bis am gemeinsamen Tisch eben doch wieder ein freund-eidgenössischer Kompromiss gefunden werden muss. Das Ganze nennt sich demokratische Aus-marchung. Auch dass es dabei sehr oft um unterge-wichtige Details geht, die in der öffentlichen Diskus-sion hochgespielt werden, gehört zum Politalltag. Doch kaum ein Problem hat in den letzten Monaten derartige Emotionen geweckt wie die Asylpolitik.

Die Redaktion des «Actio» sprach mit Bundesrat R. Friedrich, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), nachdem sein Rücktritt offiziell be-kanntgeworden war.

Redaktion: Herr Bundesrat, Sie gehören zu jenen eher seltenen «Ein-Mann-ein-Wort-Politikern». Sie hatten keinen Hofstaat um sich wie andere Magistraten, und «Volkstümelei» lag Ihnen fern. Ist die Tatsache, dass Sie sich nicht gefälliger beugen konnten, ein Grund, warum Ihr Herz schliesslich nicht mehr mitspielte? Gehört nicht gerade auch die Asylpolitik zu den herzerschleissenden Problemen?

Bundesrat Friedrich: Ich kann das nicht so sagen. Es sind sehr viele Dinge, die einen beschäftigen. Die Asylpolitik war in den letzten Monaten und Jahren eine wichtige Angelegenheit. Aber bestimmt nicht die einzige.

Weltweit gibt es rund 20 Mio. Flüchtlinge. Eine eigent-liche Völkerwanderung ist im Gang. Wie gross ist der Anteil an Asylsuchenden, die von der Schweiz aufgenommen worden sind?

Man muss sich daran erinnern, dass im letzten Welt-krieg rund 300 000 Flüchtlinge in der Schweiz aufgenommen wurden. Meist vorüberge-hend. Heute haben wir 32 000 Leute mit Flüchtlingsstatus in der Schweiz und darüber hin-aus noch 20 000 Asylbe-werber.

Die Landesregierung möchte dem Bund die Kom-petenz einräumen, die Flüchtlinge – gleichsam im Sinne eines Zwanges zur

Solidarität – besser auf die Kantone zu verteilen. Der Flüchtlingsstrom ergiesst sich vor allem in West-schweizer Kantone.

Überfordert sind nicht nur einige Westschweizer Kanton-e, sondern auch gewisse deutschschweizerische. In Genf, Waadt und Freiburg findet sich der grösste Anteil an Schwarzafrikanern. Bern hat die Tamilen, Basel die Türken. Auch Zürich hat einen grossen Anfall an Asylgesuchen.

Ich begreife, dass diese Kantone Asylanten an weniger belastete Stände abtreten möchten.

Eine Bundeskompetenz zur Umverteilung fehlt vorläufig. Bisher spielte sie sich nur im kleinen Rahmen und auf frei-williger Basis ab.

Gibt es in der Asylpolitik liberalere und weniger libe-rale Kantone?

Man kann nicht von liberalen und weniger liberalen Kanton-en sprechen. Es gibt einfach Kantone, die mehr praktische Schwierigkeiten bei der Auf-nahme von Asylanten haben.

Spannungen auch mit Or-ganisationen, die sich der Asyltradition verpflichtet fühlen und zentrale Rege-lungen ablehnen.

Wir haben engen Kontakt mit allen Hilfswerken. Man muss unterscheiden zwischen Organisationen, die sich aus einem ganz bestimmten Ge-sichtswinkel mit der Asylpoli-tik befassen, die aber nicht der Zentralstelle für Flüchtlingshil-fe angeschlossen sind, und den Hilfswerken, die die ge-samte Problematik von innen her kennen. Die ersten sehen vielfach nur den politischen Aspekt, ohne dass sie alle Fol-gen abschätzen können.

Kontroverse auch mit den politischen Parteien. Den ei-nen ist die Asylpolitik nicht liberal genug, die andern sprechen von einer rechts-staatlich bedenklichen Über-reaktion. Die Nationale Ak-tion fordert «Stop der Asy-lantenschwemme».

Man hat nicht selten das unbehagliche Gefühl, dass alle die Schlagworte mehr Mittel zum eigenen Zweck sind.

Das ist teilweise gewiss so. Auf der einen Seite befürchtet man ein Beschneiden des Asylrechtes. Auf der anderen Seite möchte man am liebsten die Grenzen sperren und mög-



Wir schicken keine Men-schen zurück, wenn wir wissen, dass ihnen dort in ihrem Heimatland schwerwiegende Risiken entstehen.

lichst noch Grenzbrigaden zu deren Schutz einsetzen.

Wir haben immer wieder betont, dass wir den Kern unse-rer Asylpolitik bewahren wol-len. Das entspricht auch der internationalen Konvention. Im übrigen ist darauf hinzuwei-sen, dass das Parlament mit der Revision des Asylgesetzes einverstanden war und auch der Anstoss zu einer weiteren Revision aus dem Parlament kam.

Spannungen auch im Volk. «Das Boot ist voll» sa-gen einige. In einem Vor-trag, den Sie kürzlich hiel-ten, sagten sie, das Boot ha-

be noch genügend Platz für echte Flüchtlinge. Was sind echte, was unechte Flücht-linge?

Das Boot ist für echte Flüchtlinge wirklich nicht voll. Die Schwierigkeit entsteht da-durch, dass unser Asylrecht zum Teil missbraucht wurde. Wir haben viele Asylgesuche, die stammen von Leuten, die nicht politisch verfolgt sind, sondern die aus wirtschaftli-chen Gründen in die Schweiz kommen.

Echte Flüchtlinge, die poli-tisch verfolgt sind und diesen Verfolgungsgrund glaubhaft machen können, werden wir weiterhin aufnehmen. Andere, die ihre wirtschaftliche Posi-tion in der Schweiz verbessern möchten, müssen wir zurück-weisen. Unser Asylgesetz oder -recht kann nicht als Mit-tel zur Lösung von Drittwelt-problemen dienen, von Über-bevölkerung oder Arbeitslosig-keit. Das liegt ganz einfach ausserhalb unserer Möglich-keiten. Das Asylrecht soll den politisch Verfolgten vorbehalten bleiben.

Was geschieht nun mit Menschen, beispielsweise Tamilen, die man wieder nach Sri Lanka zurückspe-diert?

Wir schicken keine Men-schen zurück, wenn wir wis-sen, dass ihnen dort in ihrem Heimatland schwerwiegende Risiken entstehen.

Eine andere Crux. Asylsu-chende, deren Dossiers nun seit Jahr und Tag auf Erledi-gung warten und die bei der Befragung durch die Ma-schen fallen, das heisst, die keine echten politischen Flüchtlinge sind, was ge-schieht mit ihnen?

Wenn Menschen schon lan-ge hier sind, dann können wir sie schon aus humanitären Gründen nicht zurückschicken. Sie haben sich zum Teil akkli-matisiert. Ihre Kinder gehen hier zur Schule. Für diese neue Kategorie muss ein neuer Sta-tus gefunden werden.

Unsere Asylverfahren dau-ern gegenwärtig viel zu lange. Das wird sich nun ändern, weil im Parlament in der Juni-Ses-sion die notwendigen 155 neu-en Stellen bewilligt wurden (nachdem in der Winterses-sion nur 80 zugestanden wor-den waren).



Auf der einen Seite befürchtet man ein Beschneiden des Asylrechtes. Auf der anderen Seite möchte man am liebsten die Grenzen sperren und möglichst noch Grenzbrigaden zu deren Schutz einsetzen.

DAS RÜCKTRITTSCHREIBEN

Nach kaum 22 Regierungsmonaten schrieb Bundesrat Rudolf Friedrich Ende August folgendes Rücktrittsschreiben:

«Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des National- und Ständerats.

Aus gesundheitlichen Gründen sehe ich mich gezwungen, meinen Rücktritt als Mitglied des Bundesrates zu erklären. Seit längerer Zeit leide ich unter immer wieder auftretenden Herzbeschwerden, die meine Arbeitskraft zunehmend beeinträchtigen. Ich hatte die Hoffnung, dass in der Sommerpause eine Besserung eintreten würde. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt; das hat sich nach Wiederaufnahme der Arbeit deutlich gezeigt. Das Amt eines Bundesrates setzt eine volle, uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit voraus. Diese unabdingbare Voraussetzung ist heute bei mir nicht mehr gegeben. Ich sehe daher vor, auf den 20. Oktober 1984 aus dem Amt auszuscheiden. Ich danke den beiden Räten für das mir in meiner Amtszeit entgegengebrachte Vertrauen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.»

Eine speditivere Erledigung der Asylgesuche würde bereits die gefährliche Überhitzung des Problems mildern.

Es kann mit einer rascheren Erledigung gerechnet werden, sobald der Apparat voll funktioniert. Aber das wird noch einige Zeit dauern. Die neuen Leute müssen eingearbeitet werden, einige können erst in mehreren Monaten mit der Arbeit beginnen. Es gilt, den grossen Apparat zu organisieren.

Innerhalb des Roten Kreuzes wurde ein Projekt zur Verbesserung der sozial-psychiatrischen Betreuung

von südostasiatischen Flüchtlingen in der Schweiz ausgearbeitet. Das Projekt trägt den Namen «PSIND». Es hat sich gezeigt, dass gerade Ostasiaten, die besonders rasch so werden wollen wie die Schweizer, an diesem Prozess beinahe zugrunde gingen und psychiatrische Betreuung benötigen. Ihre Wertvorstellung ist nicht identisch mit der unseren, die in Richtung Selbstverwirklichung geht. Ostasiatische Flüchtlinge brauchen ein weiteres familiäres, soziales Netz, um sich wohlfühlen.

Der Bundesrat hat sich noch

WAS IST «PSIND»?

Im Auftrag der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe hat das SRK ein Projekt ausgearbeitet zur Verbesserung der sozialmedizinischen Beratung und Betreuung südostasiatischer Flüchtlinge in der Schweiz. Eine Umfrage bei Vietnamesen und Kambodschanern sowie bei Schweizer Ärzten und psychiatrischen Institutionen hatte schon 1981 gezeigt, dass eine unerwartet grosse Zahl südostasiatischer Flüchtlinge starke Anpassungsprobleme mit psychischen Krankheitsfolgen aufweist. Aufgrund der grossen kulturellen Unterschiede und der sprachlichen Barrieren stehen die Schweizer Ärzte und Sozialarbeiter dieser Entwicklung weitgehend hilflos gegenüber. Das Projekt «PSIND» sieht die Einsetzung einer kleinen, spezialisierten Equipe vor, die sich aus einem vietnamesischen Arzt, einem vietnamesischen und einem sinovietnamesischen Sozialarbeiter und zwei Schweizern zusammensetzt (ein Ethnologe, ein Sozialarbeiter). Diese Equipe soll in der ganzen Schweiz aktiv werden, wobei eine enge Zusammenarbeit mit Ärzten und Sozialarbeitern, vor allem aber auch mit den Flüchtlingsgruppen selbst anzustreben ist. Zu den Aufgaben der Equipe gehören:

- Früherfassung psychischer Probleme
- Beratung und Information von Ärzten, Sozialarbeitern und Betreuern
- Behandlung und Therapie in Einzelfällen
- Mitwirkung bei der Wiedereingliederung psychisch erkrankter Flüchtlinge

Das Projekt hat Pilotcharakter, und seine Ergebnisse sollen einer strengen Evaluation unterliegen.

Aus der Planungsphase des Projektes, stehen folgende Berichte zur Verfügung und können beim Sektor Flüchtlingshilfe, Rainmattstrasse 10, 3001 Bern bestellt werden:

1. Umfragen und Gutachten der Psychiatrischen Universitätsklinik Bern und des SRK über psychisch auffällige und psychisch kranke Flüchtlinge aus Indochina in der Schweiz (1981)
2. «PSIND»-Bericht über die Aufbauphase (1983)

nicht mit diesem Projekt befasst. Er wird es aber in absehbarer Zeit tun.

An und für sich ist dieses SRK-Projekt begrüssenswert. Es wirft aber auch gleichzeitig ein Schlaglicht auf einen grundsätzlichen Aspekt der Flüchtlingspolitik, der uns langfristig Schwierigkeiten berei-

Wir haben seit je die These vertreten, dass in erster Priorität alles getan werden muss, damit Flüchtlinge gar nicht erst entstehen.

ten wird: die Verpflanzung von Menschen in einen völlig anderen Kulturkreis! Wir haben seit je die These vertreten, dass in erster Priorität alles getan werden muss, damit Flüchtlinge gar nicht erst entstehen, in zweiter Priorität, Flüchtlinge im eigenen Kulturkreis umzusiedeln seien, und erst in dritter Priorität die Zuflucht von politisch Verfolgten in anderen Kulturkreisen erwogen wird.

Gibt es einen Bericht über die Situation der Asylsuchenden und den aufgenommenen Asylbewerber in der Schweiz? Und gibt es so etwas wie eine Prospektivstudie über die schweizerische Flüchtlingspolitik?

Einen Bericht gibt es nicht. Und Flüchtlingspolitik lässt sich auf lange Zeit zum voraus nicht festlegen. Sie hängt von den künftigen Verhältnissen ab. Kein Mensch kann voraussehen, wie die Situation in fünf oder zehn Jahren sein wird. Mir scheint wesentlich, daran festzuhalten, dass die Schweiz weiterhin für echte Flüchtlinge offen bleiben muss. Das bedingt aber auch, dass wir unechte Flüchtlinge zurückschieben müssen, weil sonst die unechten, die Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen den echten, den politisch Verfolgten, den Platz wegnehmen. □

Das Boot ist für echte Flüchtlinge wirklich nicht voll. Die Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass unser Asylrecht missbraucht wurde.